

Heiner Geißler zum Parteitag in Münster

SPD ohne Zukunftskonzeption

Die Rede des SPD-Vorsitzenden Vogel beim SPD-Parteitag in Münster hat deutlich gemacht, daß der augenblickliche Ruf der SPD besser ist als ihr Zustand. Sie hat zugleich das Parteitagsmotto korrigiert: Zukunft kommt nicht von selbst und Fortschritt kommt mit dieser SPD ganz sicher nicht.

Die Rede Vogels hat gezeigt, daß die SPD kopflos ist. Es bleibt unklar, wer die SPD eigentlich führt. Vogel jedenfalls nicht. Entgegen seiner Ankündigung gibt der Vorsitzende seiner Partei keine Impulse und keine Orientierungen, sondern verwaltet nur ihre Widersprüche.

Willy Brandts Strategie des „Sowohl-als-Auch“ hat die SPD in den 70er Jahren zukunfts- und regierungsunfähig gemacht. Vogels „Weder-noch-Strategie“ bietet keine Perspektiven für eine Mehrheitsfähigkeit und keine Vision für die Bewältigung der Menschheitsaufgaben. Die SPD ist personell und konzeptionell weder koalitions- noch regierungsfähig.

Die SPD ist orientierungslos und ohne Zukunftskonzeption für die 90er Jahre. In der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ist die SPD ohne Perspektiven und tief zerstritten. In der Energiepolitik ist die SPD konzeptionslos und widersprüchlich, und in der Außen- und Sicherheitspolitik hängt sie alten Illusionen an, mit denen sie unter den westlichen Bündnispartnern isoliert ist und mit denen sie schon einmal gescheitert ist. Vogel und die SPD analysieren die wirtschaftliche und soziale Situation der Bundesrepublik falsch, deshalb kommen sie auch zu

HEUTE AKTUELL

● Aussiedler

Unsere moralische Pflicht / Ein Beitrag von Norbert Blüm. Seite 3

● Ramstein

Lehren aus der Katastrophe ziehen. Seite 4

● Umweltschutz

Klaus Töpfer: Darum habe ich Weisung gegeben, Brokdorf wieder anzufahren. Seite 5

● Kriminalität

Wo das Verbrechen herrscht, sind Bürgerrechte Makulatur / Ein Hearing der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Seite 7

● Europa

Der europäische Binnenmarkt ist Herausforderung und Chance zugleich. Seite 13

● Dokumentation

Wir lieben Kinder / Was die Bundesregierung bisher für die Familien getan hat. Grüner Teil

Helmut Kohl:

Im Herbst nationale Europakonferenz

Die Bundesregierung ist fest entschlossen, die Gesundheitsreform und Rentenreform noch in dieser Legislaturperiode abzuschließen — auch gegen den Widerstand derer, die offensichtlich Schwierigkeiten haben, von Privilegien und Sonderinteressen Abschied zu nehmen, erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl auf einer Jubiläumsveranstaltung der Bayer AG in Leverkusen. Denn es gibt hierzu keine Alternative, wenn wir unseren Rang als eine der führenden Industrienationen und als Exportnation Nr. 1 auch für die 90er Jahre sichern und stärken wollen.

„Bis Ende 1992 müssen wir uns auf die Vollendung des europäischen Binnenmarktes eingestellt haben — so z. B. durch die Reform der Unternehmensbesteuerung, die in der nächsten Legislaturperiode angegangen und verabschiedet werden muß. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stehen vor großen Herausforderungen. Deshalb werde ich im Herbst dieses Jahres Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften zu einer nationalen Europakonferenz einladen. Ihr Ziel wird es sein, den Übergang in den europäischen Binnenmarkt durch die intensive Beratung europäischer Fragen vorzubereiten und zu erleichtern.“

Europa-Wahl am 18. Juni 1989

Nach längerem Tauziehen zwischen dem Europäischen Parlament und dem Ministerrat steht jetzt der Termin für die Europawahl 1989 fest: Die Wahl zum Europäischen Parlament, dem 518 Abgeordnete aus den 12 EG-Ländern angehören, findet vom 15. bis 18. Juni 1989 statt. In der Bundesrepublik ist Sonntag, der 18. Juni, Wahltag.

Fortsetzung von Seite 1
falschen Lösungsvorschlägen zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland als moderner und humaner Industrienation. Ausstieg aus der Kernenergie und höhere Belastungen der Bürger durch Steuern sind die falschen Antworten in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Ausstieg aus der Sicherheitsgemeinschaft des westlichen Bündnisses bringt nicht mehr Frieden, sondern unkalkulierbare Risiken in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Bei der letzten Europawahl 1984 lag die Wahlbeteiligung im EG-Durchschnitt bei 60 Prozent; in der Bundesrepublik Deutschland gingen nur 56,8 Prozent der Wahlberechtigten zur Urne. Deshalb gilt die Sorge vieler Europapolitiker nicht allein dem Abschneiden ihrer Parteien, sondern auch der höheren Wahlbeteiligung.

Die Bundesrepublik entsendet 81 Abgeordnete ins Europäische Parlament, ebenso wie Frankreich, Großbritannien und Italien.

Die Abgeordneten sitzen im Plenarsaal nicht nach Ländern geordnet, sondern je nach politischer Zugehörigkeit. So gehören die 41 deutschen CDU/CSU-Parlamentarier der Fraktion der Europäischen Volkspartei, die 33 deutschen SPD-Abgeordneten der Sozialistischen Fraktion und die sieben Grünen der Regenbogenfraktion an.

Norbert Blüm:

„Unsere moralische Pflicht“

Jede Gesellschaft braucht von Zeit zu Zeit eine Herausforderung ihrer Solidarität, sonst verkrustet sie in Wohlstandsgefälligkeit. Ein Testfall dafür wird sein, wie wir die Aussiedler, die jetzt in erfreulich großer Zahl zu uns kommen, aufnehmen. Sie sind unsere Landsleute. Sie haben Heimatrecht bei uns. Wir haben uns für ihre Freizügigkeit eingesetzt, und wir hatten für sie Erfolg. Während in den früheren Jahren die Zahl der Aussiedler meist unter 50 000 lag, werden es in diesem Jahr und auch in den nächsten Jahren wahrscheinlich jeweils rund 200 000 sein.

Hinter diesen Zahlen verbergen sich schlimme Schicksale, die bis in die Kriegswirren zurückreichen. Die jetzt zu uns kommen, waren oft die eigentlichen Verlierer des Zweiten Weltkrieges. Gejagt und verfolgt, haben sie nicht nur unvorstellbare materielle Not gelitten, sondern waren wegen ihres Deutschtums auch menschlich und kulturell diskriminiert, benachteiligt, verachtet.

Solidarität mit den Aussiedlern ist unsere moralische Pflicht. Der Chor der Egoisten, der jetzt kleinlich Heimvorteile gegen die Neuankömmlinge verteidigen möchte, muß in einem Meer der Sympathie und Hilfsbereitschaft für die Aussiedler ersticken.

Zugegeben: Wir haben Probleme auf dem Arbeitsmarkt, bei der finanziellen Stabilisierung unserer Sozialversicherung. Aber haben wir nicht in der Aufbauphase nach dem Krieg unter ungleich schwierigeren Bedingungen 12 Millionen Vertriebenen und Flüchtlingen bei uns eine neue Heimat gegeben? Sind wir heute nicht stolz auf diese Leistung? Und sind wir nicht froh über den Beitrag, den diese 12 Millionen für den Aufbau und die Fortentwicklung unseres Landes geleistet haben und leisten? Es wäre bei unserem heutigen Wohlstand ein klägliches Armutszeugnis, wenn wir uns vor der Integration von einigen hunderttausend Aussiedlern in ein Schneckenhaus des Egoismus verkriechen wollten.

Die Aussiedler sind eine Solidaritätsherausforderung, und das kann ein Geschenk für uns sein. Wir drohen zu einer Selbstverwirklichungsgesellschaft zu werden, in der jeder nur noch seinen Besitz- und Wohlstand im Auge hat. Die Qualität einer Gesellschaft erschöpft sich aber nicht im Grad der Motorisierung oder in Rekordmarken der Urlaubsreisen ins Ausland. Die menschliche Prüfmarke ist die Fähigkeit und Bereitschaft zur Solidarität.

Jede Gesellschaft braucht von Zeit zu Zeit für ihr seelisches Gleichgewicht eine außerordentliche Herausforderung ihrer Solidarität. Die Aussiedler können mit ihrem Hilferuf nach Heimat und Geborgenheit einen Solidaritätsschub bei uns auslösen.

Der Staat tut viel für die Aussiedler, er wird seine Anstrengungen verstärken, aber er kann nicht alles und auch nicht das Wichtigste: Ein Klima praktischer Nächstenliebe entsteht nicht durch Geld, sondern nur aus menschlicher Zuwendung, aus Solidarität. Alle können und müssen ihren Beitrag leisten: die Kirchen, die Vereine, die Gewerkschaften, die Betriebe und nicht zuletzt die Parteien.

Lehre aus der Katastrophe von Ramstein:

Kunstflüge ab sofort verboten

Bundesverteidigungsminister Rupert Scholz (CDU) hat für die Zukunft alle militärischen Kunstflugvorführungen verboten. Scholz läßt darüber hinaus zusammen mit den Alliierten untersuchen, auf welche Weise den Bundesbürgern in Zukunft die Einsatzbereitschaft und Leistungsfähigkeit der Luftstreitkräfte „überzeugend dargestellt werden kann“. Bis zum Vorliegen entscheidungsfähiger Vorschläge wird es nach den Worten von Scholz im Einverständnis mit den alliierten Luftstreitkräften in der Bundesrepublik keine Flugtage mit Militärmaschinen geben.

Zu dem schrecklichen Unglück in Ramstein erklärt der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Willy Wimmer** (Neuss): Der tragische Flugunfall zwingt zu einer Neuüberurteilung, ob es notwendig ist, mittels „Kunstflügen“ bei Flugtagen die Einsatz-

bereitschaft der verbündeten Streitkräfte zu demonstrieren. Publikumswirksame Demonstrationen der Verteidigungsfähigkeit dürfen nicht so weit gehen, daß ein Fehler die Katastrophe nach sich ziehen kann. Es gibt ausreichende Möglichkeiten, auch ohne solche Risiken dem berechtigten Anspruch der Bürger entgegenzukommen, wirklichkeitsnah über den Stand der Ausbildung unserer Streitkräfte informiert zu werden. Schon jetzt ist der Luftwaffe „Kunstflug“ mit Luftfahrzeugen bei Flugveranstaltungen untersagt. Die Katastrophe von Ramstein fordert künftig eine solche Regelung auch für alliierte Flugzeuge, soweit es sich um Flugdemonstrationen über deutschem Territorium handelt.

Versuchen, dieses Unglück politisch zu mißbrauchen, indem die notwendigen Übungen der Bundeswehr zum Erhalt der Verteidigungsfähigkeit in Mißkredit gebracht werden, sollte widerstanden werden.

Der Kanzler übermittelte den Angehörigen seine tiefe Anteilnahme

Bundeskanzler **Helmut Kohl** ist tief betroffen über das schreckliche Unglück von Ramstein. Er spricht den Angehörigen der Opfer seine tief empfundene Anteilnahme aus, den Verletzten übermittelt er seine besten Genesungswünsche. Der Bundeskanzler hat die zuständigen Stellen zur raschen und unbürokratischen Hilfe angewiesen.

Von Verteidigungsminister Scholz hat sich der Bundeskanzler eingehend über das Unglück unterrichten lassen. Er

begrüßt die sofortige Entscheidung des Verteidigungsministers, als erste Konsequenz aus dem Unglück von Ramstein den für den 25. September 1988 vorgesehenen Flugtag in Lechfeld abzusagen.

Zugleich hat der Bundeskanzler Zustimmung zur Kenntnis genommen, daß der Verteidigungsminister strengste Überprüfungsmaßnahmen angeordnet hat, aus denen notwendige Konsequenzen gezogen werden.

Umweltminister Klaus Töpfer:

Darum habe ich Weisung gegeben, Brokdorf wieder anzufahren

Bundesumweltminister Klaus Töpfer äußerte sich in einem Interview mit der Zeitung „Welt am Sonntag“ über Brokdorf und die SPD-Energiepolitik.

Frage: Warum haben Sie Anweisung erteilt, das von der Kieler SPD vorübergehend stillgelegte Kernkraftwerk Brokdorf wieder anzufahren?

Töpfer: Nach sehr sorgfältiger Überprüfung der beiden Tatbestände, die mein Kieler Kollege Jansen als sicherheitsrelevant angesehen hat, habe ich, durch Gutachten und bisherige Praxis bestätigt, die Weisung zum Wiederaufahren erteilt, denn: Diese Sicherheitsbedenken bestehen nicht. Aber es sei hinzugefügt: Wir haben bisher und werden auch künftig jeder Besorgnis und jedem Verdacht mit großer Sorgfalt und unter Einbeziehung von Sachverständigen nachgehen. Dabei ist es für mich auch wichtig gewesen, daß der eigene Gutachter des Kollegen Jansen, der TÜV Norddeutschland, ebenfalls keine Bedenken gegen das Wiederaufahren geäußert hat. Ich hoffe aber sehr, daß wir wieder zu einer Übereinstimmung in der Energiepolitik insgesamt kommen, und daß ich keine Weisung mehr erteilen muß.

Frage: Betreibt die SPD in Kiel nicht eine Politik des Ausstiegs aus der Kernkraft um jeden Preis?

Töpfer: Man könnte den Eindruck haben, ich hoffe es jedoch nicht.

Frage: Wann können wir wirklich auf Kernkraft verzichten?

Töpfer: Wir werden immer dann auf eine Energie verzichten können, wenn an ihre Stelle eine andere, sichere, ökologisch vertretbare, möglichst auf lange Zeit nutzbare und wirtschaftlich vernünftige Energiequelle treten kann. Jeder, der einen genauen Zeitpunkt angibt, wann er auf eine Energie verzichtet, weil eine andere erforscht sei, ist entweder ein Scharlatan oder spricht wider besseres Wissen.

Frage: Die SPD verspricht „sichere Energie ohne Atomstrom...“

Töpfer: Das ist der Ausstieg ohne den Nachweis des Einstiegs in andere Energien.

Frage: Wie bewerten Sie die SPD-Forderung nach einer drastischen Erhöhung der Steuern auf alle Energieträger?

Töpfer: Die SPD verbindet damit die Hoffnung, daß die höheren Preise entsprechende zusätzliche Prämien auf Energien sparen und das Suchen nach anderen Energien bringen wird. Sie wird dabei aber nicht an der Tatsache vorbeikommen, daß dies kurz- und mittelfristig und wahrscheinlich sogar in einer recht langen Frist dazu führen wird, daß das verfügbare Einkommen unserer Bürger und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie entscheidend beeinträchtigt werden und daß wir durch eine Minderung der Wettbewerbsfähigkeit Arbeitsplätze gefährden und den Lebensstandard beeinträchtigen, ohne daß mehr für die Umwelt geschieht. Außerdem: Das Verursacherprinzip bleibt dabei auf der Strecke, Anreize zu eigenem, umweltfreundlichen Verhalten von Wirtschaft und Bürger entfallen.

Initiativen für den Umweltschutz

Die von der Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen zum Umweltschutz müssen durch weitere Initiativen vor Ort unterstützt werden. Dazu zählt unter anderem: Eine optimale Abfallbeseitigung, wobei im Vordergrund die Abfallvermeidung steht, dann folgt die Verwertung und schließlich erst die umweltschonende Abfallbeseitigung.

Obwohl das Umweltengagement der Bürger schon sehr hoch ist, bieten sich immer noch Möglichkeiten für ihn, sich in seinem Bereich umweltschonend zu verhalten, stellt Horst Waffenschmidt, Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) der CDU/CSU fest. Innerhalb der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) werden wir einen neuen Leitfaden für Umweltschutzmaßnahmen vor Ort für den Kommunalpolitiker und den Bürger entwickeln.

Besonders bedeutsame aktuelle kommunale Aufgaben für den Umweltschutz bleiben:

- Kommunale Maßnahmen zum Gewässerschutz, weiterer Ausbau der kommunalen Kläranlagen;
- wohnnahe Grünanlagen;
- verkehrsberuhigte Wohnstraßen;
- Ausbau von Umgehungsstraßen;
- Mehr „Park-and-ride“-Parkplätze an Haltestellen des öffentlichen Personennahverkehrs, insbesondere an den City-

Bahn-Strecken der Deutschen Bundesbahn;

- nur umweltfreundliche Autos bei den Städten, Gemeinden und Kreisen;
- Ausbau der örtlichen Kanalisation;
- verstärktes Angebot der „grünen Mülltonnen“;
- Ausbau der Abfallbeseitigung zur Abfallwirtschaft, das heißt Verwertung geht vor Beseitigung;
- Altlastensanierung: zuständige Industrie und Bundesländer bleiben aufgefordert, die Kommunen bei dieser Aufgabe nachhaltig zu unterstützen. Förderungsmöglichkeiten bestehen auch aus den Städtebauförderungsmitteln des Bundes;
- Organisatorische Zusammenfassung der wichtigsten Umweltzuständigkeiten in einer Dienststelle der Kommunalverwaltungen.

Im kommunalen Bereich fallen besonders umfangreiche Investitionen für den Umweltschutz an. Dies gilt für Gewässerschutz, insbesondere Abwasserbeseitigung, Lärmschutz und Abfallbeseitigung. Diese Maßnahmen sind nur als großes Gemeinschaftswerk zu bewältigen. Dabei muß deutlich gemacht werden, daß der Umweltschutz nicht zum Nulltarif zu haben ist. Leistungen für den Umweltschutz schlagen sich auch bei den kommunalen Gebühren und Beiträgen nieder.

Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands fordert, daß die Investitionshilfen über die Kreditanstalt für Wiederaufbau und die Ausgleichsbank kontinuierlich fortgeführt werden. Sie dienen dem Umweltschutz, zugleich den kommunalen Investitionen und darum der Sicherung von Arbeitsplätzen und dem wirtschaftlichen Wachstum.

Zitat

„Nur wenn wir die Schöpfung bewahren, haben wir eine Chance, die Zukunft zu gewinnen!“

(Helmut Kohl)

Fraktion hörte Sachverständige:

Wo das Verbrechen regiert, sind Bürgerrechte Makulatur

Die innenpolitische Arbeitsgruppe der Fraktion hat sich am 23. und 24. August dieses Jahres von Fachleuten aus Bund und Ländern über die Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Rauschgiftkriminalität unterrichten lassen. Die Sachverständigen aus Polizei, Staatsanwaltschaft, Wissenschaft und aus den Polizeiorganisationen haben eine ungeschminkte Lageanalyse gegeben, über ihre Erfahrungen zum Beispiel in Frankfurt, Hamburg, Berlin und Hannover berichtet, Schwachstellen aufgezeigt und vorgetragen, wie die Bekämpfung dieser Kriminalitätsformen intensiviert und wirksamer gemacht werden muß. Die Berichte der Polizei- und Justizpraktiker sind alarmierend. Es ist buchstäblich fünf Minuten vor 12. Organisierte Kriminalität und Rauschgiftkriminalität wachsen rasant, stellen die innenpolitischen Sprecher der Fraktion, Johannes Gerster und Hermann Fellner, fest.

Organisierte Kriminalität ist im Bundesgebiet zur Realität geworden. Die geschilderten Fälle sind beklemmend. Das Spektrum reicht von der Verschiebung von Tausenden von Luxuslimousinen, massenhaften Wohnungseinbrüchen mit dem Ziel des systematischen Euroscheck-Mißbrauchs, über Falschgeldkriminalität, skrupellosen Menschenhandel mit Frauen aus Südostasien in Bordelle im Bundesgebiet bis hin zum international organisierten Kapitalanlagebetrug oder Betrugereien in dreistelliger Millionen-

höhe unter Ausnutzung der EG-Marktordnungen.

Die Bundesrepublik Deutschland bietet infolge ihrer zentralen Lage, hervorragenden Infrastruktur, ihrer liberalen, rechtsstaatlichen Ordnung, ihrer blühenden Wirtschaft und harten Währung eine ideale Operationsbasis für organisierte Kriminalität und ein erstklassiges Absatzgebiet für den Rauschgifthandel.

Wir sind von den bekannten, ausländischen Formen organisierter Kriminalität, wie zum Beispiel Mafia oder Camorra, noch wenig betroffen. Die organisierte Kriminalität ist bei uns nicht exotisch, sondern viel alltäglicher, nämlich schlicht profitorientiert, nutzt die Verdienstmöglichkeiten im Nacht- und Drogenmilieu, sucht nach Mißbrauchsmöglichkeiten im Waren- und Kapitalverkehr und treibt kriminelle Geschäfte mit Hochtechnologie unter anderem. Die Bosse der organisierten Kriminalität haben es in einigen Großstädten bereits zu beträchtlichem Immobilienbesitz gebracht und bewegen sich als „Ehrenmänner“ in der Gesellschaft. Immer häufiger werden Gewinne aus organisierter Kriminalität in normalen Unternehmen angelegt. Verschiedentlich haben sich bereits Rechtsanwälte mißbrauchen und Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung bis hinein in die Polizei korrumpieren lassen.

Bund und Länder müssen unverzüglich ein einheitliches Bekämpfungskonzept entwickeln. Wir fordern ein gemeinsames Aktionsprogramm, das bis Ende 1990 verwirklicht wird. Das Fachgespräch hat gezeigt, daß über die gebotenen gesetzge-

berischen und administrativen Verbesserungen weitgehend Einvernehmen besteht. Jetzt ist der politische Wille zur Realisierung gefordert. Als wichtigste Maßnahmen sehen wir an:

■ Organisierte Kriminalität und Rauschgiftkriminalität können nur verfolgt werden, wenn Polizei, Zoll und Staatsanwaltschaften deliktübergreifend und täterbezogen offensiv Informationen beschaffen. Wo mit herkömmlichen Ermittlungsmethoden nur verhältnismäßig geringfügige Delikte, wie zum Beispiel Sachbeschädigungen, Verstöße gegen das Ausländerrecht, Nötigung und dergleichen festgestellt werden, versteckt sich in Wahrheit oft organisierte Kriminalität mit Schutzgelderpressung und dergleichen. Weil die organisierten Kriminellen konspirativ vorgehen, muß gegen sie verdeckt und schon im Vorfeld, daß heißt ohne daß bereits ein ganz konkreter Tatverdacht formuliert werden könnte, ermittelt werden. Verdeckte Aufklärung, Observationen (auch längerfristig), Telefonüberwachung, Einsatz von V-Personen und verdeckten Ermittlern, kontrollierte Lieferungen, mit Videogeräten überwachte Scheinkäufe sind auf Seiten der Sicherheitsbehörden unverzichtbar. Verdeckte Maßnahmen müssen bei entsprechenden typischen Verdachts Umständen bereits im Vorfeld erfolgen, um Ermittlungsansätze gegen organisierte Kriminalität zu gewinnen. Gesetzliche Regelungen dieser Ermittlungsmethoden sind sowohl für den präventiven als auch für den strafverfolgenden Bereich notwendig. Insbesondere der Einsatz von verdeckten Ermittlern, deren Handlungsspielraum teilweise umstritten ist, muß eindeutig vom Gesetzgeber geregelt werden.

■ Die verbrecherisch erlangten Profite der organisierten Kriminellen und Rauschgift Händler müssen eingezogen

werden können. Wir fordern eine Reform der in der Praxis untauglichen Vorschriften im Strafgesetzbuch und der Strafprozeßordnung über Sicherstellung, Einziehung und Beschlagnahme. Vorab muß für den Bereich der schweren Rauschgift delikte die Möglichkeit einer wirksamen Gewinnabschöpfung geschaffen werden.

■ Der Zeugenschutz muß verbessert werden. Die Bereitschaft von Zeugen zur Mitarbeit bei der Aufklärung von organisierter Kriminalität sinkt, die Gewinnung von V-Leuten und der Einsatz von verdeckten Ermittlern werden zunehmend schwerer, weil Schutz erklarungen vor Gericht nicht eingehalten und Zeugen vor der Identifizierung durch die Verbrecher syndikate nicht wirksam geschützt werden können.

■ Die sogenannte kleine Kronzeugenregelung in Paragraph 31 Betäubungsmittelgesetz (BTMG) hat sich in der Praxis bewährt. Sie sollte bereits im Ermittlungsverfahren praktiziert und auf den gesamten Bereich der organisierten Kriminalität ausgedehnt werden.

■ Sowohl bei den Polizeien als auch bei den Staatsanwaltschaften müssen — einheitlich strukturierte — Sozialdienststellen zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität geschaffen werden. Die in einigen Ländern und beim Bundeskriminalamt bereits gebildeten Arbeitseinheiten haben sich hervorragend bewährt.

■ Besondere Dienststellen zum Schutz und zur Betreuung gefährdeter Zeugen müssen eingerichtet werden. Dazu liegen z. B. aus Hamburg und Niedersachsen gute Erfahrungen vor.

■ Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Zoll, die örtlich in gemeinsamen Ermittlungsgruppen erfolgreich läuft, sollte auch auf Bundesebene und international enger werden. Das gleiche gilt für die Zusammenarbeit von Polizei, Zoll

und Staatsanwaltschaften mit den Behörden anderer Verwaltungszweige, etwa den Ausländerbehörden der Arbeitsverwaltung und so fort.

■ Die internationale Zusammenarbeit muß auf verschiedenen Ebenen verstärkt werden.

Das Programm zur Entsendung von Rauschgiftverbindungsbeamten, das bereits außerordentliche Erfolge gebracht hat, muß rasch vollständig verwirklicht werden. Wir haben kein Verständnis für das Zögern bei einzelnen Botschaften.

Beim Abbau der Grenzkontrollen an den Binnengrenzen der EG darf nicht der zweite Schritt vor dem ersten gemacht werden. Wir brauchen gerade zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität und von Rauschgiftkriminalität eine Europäische Fahndungsunion und fordern im Vorgriff eine wesentliche Verstärkung der Kontrollen insbesondere des Warenverkehrs an unseren Grenzen zu Drittstaaten sowie in unseren Flug- und Seehäfen.

Die Bekämpfung von organisierter Kriminalität und von Rauschgiftkriminalität ist keine ideologische Frage von links oder rechts. Hier geht es nicht um Tagespolitik. Noch ist unsere Jugend nicht an

Olympia-Aktuell

Bestellen Sie jetzt den Super-Olympia-Kalender mit Riesen-Spielposter, Sendzeiten und Preisausschreiben.

Achtung! Am 17. September beginnen die Spiele. Auch bei uns im Fernsehen.

Bestell-Nr.: 8066

Mindestabnahme: 100 Exemplare

Preis je Mindestabnahme: 25,— DM zuzügl. MwSt.

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 13 28, 4804 Vermold

die Rauschgiftdealer verloren, noch hat die Stimmungsmache der Hintermänner organisierter Kriminalität die Sicherheitsbehörden nicht handlungsunfähig gemacht. Langfristig ist aber für die Wahrung der inneren Sicherheit entscheidend, ob die Ausbreitung der organisierten Kriminalität gestoppt wird. Wir warnen davor, die notwendige Gesetzgebung etwa zu den verdeckten Ermittlungsformen der Polizei unter das Entweder-Oder: Hier wirksame Kriminalitätsbekämpfung, dort Gefahr für bürgerliche Freiheiten, zu stellen. Wo das Verbrechen regiert, sind die Bürgerrechte Makulatur.

CDU-Bundesausschuß tagt in Bonn

Im Mittelpunkt der Beratungen des „Kleinen Parteitags“, der am Montag, dem 12. September 1988 im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn stattfindet, steht das Kapitel „Für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht“ aus dem Antrag des CDU-Bundesvorstandes an den Wiesbadener Parteitag, der dieses Kapitel zur Beratung und Beschlußfassung an den Bundesausschuß verwiesen hat.

Außerdem stehen die **Genehmigung einer Änderung der Satzung der Frauenvereinigung** und die **Beschlußfassung über die Delegierten der CDU zum EVP-Kongreß am 7./8. November 1988 in Luxemburg** auf der Tagesordnung.

JU-Forum „Alltag in der DDR“:

Die Mauer ist das größte Schandmal

Unter Beteiligung des Staatssekretärs im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Walter Priesnitz, und drei ehemaligen DDR-Bürgern veranstaltete die Junge Union Deutschlands das Forum „Alltag in der DDR“. Der JU-Vorsitzende, Christoph Böhr, erklärte auf der Veranstaltung, daß es erschreckend sei, wie wenig die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland über den Alltag ihrer deutschen Landsleute in der DDR wissen. Die weitverbreitete Unkenntnis und das spürbare Desinteresse an den Lebensbedingungen der Menschen im anderen Teil Deutschlands müsse überwunden werden, wenn die Wiedervereinigung als realistisches Ziel der deutschen Politik Bestand haben will.

Vorrangig gelte es, so Böhr, die elementaren Grund- und Freiheitsrechte für alle Deutschen zu verwirklichen. Die Mauer sei nicht nur das größte Schandmal, sondern auch der größte Anachronismus der deutschen Geschichte. Kein anderes Land auf der Welt würde, wie die DDR, die Menschen einmauern und sie ihrer grundlegenden Freiheitsrechte berauben. Kein Land auf dieser Welt sei, wie die DDR, ein einziges, großes Gefängnis. Aufgabe einer politischen Jugendorganisation müsse es nach Ansicht von Christoph Böhr sein, über den Alltag der Menschen in der DDR zu informieren. Wer die Einheit der Nation wolle, müsse jede Chance nützen, die Kontakte zwischen hüben und drüben zu verbessern und zu intensivieren. Gerade deshalb sei es wichtig, daß noch mehr Reisen von hier nach dort stattfänden, daß noch

gründlicher informiert würde — vor allem auch an den bundesdeutschen Schulen, in denen der Alltag in der DDR häufig ein Tabuthema sei, über das nicht gesprochen würde.

Gorbatschow habe offensichtlich erkannt, daß der Freiheitswille der Menschen auf Dauer nicht völlig unterdrückt werden könne. Aber selbst die vorsichtigen Reformansätze Gorbatschows seien in der DDR kein Thema. Die Denkbote des SED-Regimes und seine führenden Funktionäre haben zu einer unerträglichen Verhärtung der Verhältnisse geführt. Es sei schlimm, daß ausgerechnet die DDR vorsichtige Liberalisierungsbestrebungen, wie sie nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in anderen osteuropäischen Ländern stattfänden, boykottiere und hintertreibe.

Staatssekretär Priesnitz ging auf der Veranstaltung auch auf aktuelle Entwicklungen ein. So hätten die Vorstellungen einer eigenen DDR-Staatsbürgerschaft selbst bei der betroffenen Bevölkerung an Überzeugungskraft verloren. Einen wesentlichen Beitrag dazu leisteten die Westreisen, die jedoch zu unterschiedlichen Reaktionen führten. Euphorie und Resignation seien genauso an der Tagesordnung, wie vermehrte Ausreisearträge durch diejenigen, die durch eine Westreise die Möglichkeit des „Systemvergleichs“ hatten.

Für Staatssekretär Priesnitz sind die menschlichen Kontakte die stärkste Kraft, die wir beim Streben nach nationale Zusammengehörigkeit der Deutschen besitzen. Die Kontakte würden umso besser, je mehr man voneinander wisse, die Probleme kenne und aufeinander zugehe.

Das leisten wir für den Sport

Die Bundesregierung läßt sich in ihrer Sportpolitik von den Grundsätzen der Autonomie des Sports, der Subsidiarität der Sportförderung und der partnerschaftlichen Zusammenarbeit leiten. Sie respektiert die staatliche Unabhängigkeit des Sports. Es ist nicht ihre Absicht, durch ihre Förderung in die Belange des Sports einzugreifen, stellt der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Horst Waffenschmidt, fest.

Die Bundesregierung mißt dem von ihr geförderten Spitzensport eine hohe Bedeutung bei. Von ihm gehen entscheidende Impulse für die Verbreitung und Entwicklung des Sports insgesamt aus. Der Spitzensport mit seiner Vorbildfunktion ist die Triebfeder für die gesamte sportliche Entwicklung. Durch den Vorbildcharakter werden erfolgreiche Spitzensportler zu Leitfiguren für Hunderttausende von Jugendlichen, die sich dadurch dem Sport zuwenden.

Die Bundesregierung fördert den Hochleistungssport in diesem Jahr mit insgesamt rd. 106 Mio. DM. Für die Trainings- und Lehrgangsmaßnahmen sowie die Teilnahme an internationalen Wettkämpfen von rd. 50 Sportfachverbänden stellt der Bundesminister des Innern rd. 26 Mio. DM bereit.

Für die Olympiastützpunkte, deren Arbeit in diesem Jahr erstmals spürbar zum Tragen kommt, stehen nochmals weitere 5,5 Mio. DM zur Verfügung. Die leistungssportlichen Maßnahmen im Behindertensport werden mit rd. 3,5 Mio. DM unterstützt.

Die Bundesregierung unterstützt den Sport bei der Verwirklichung seiner Forderungen auf eine angemessene Ausstattung mit qualifizierten Trainern. So wer-

den derzeit 117 der 122 hauptamtlichen Bundestrainer voll aus Bundesmitteln finanziert. 11,5 Mio. DM stehen 1988 hierfür zur Verfügung. Hinzu kommt die Finanzierung von etwa 400 Bundeshonorartrainern mit rd. 2,2 Mio. DM

Ein ganz besonders wichtiges Anliegen ist die Talentsuche und Talentförderung. Wir werden im Hochleistungssport künftig nur noch eine Chance haben, wenn es uns gelingt, dieses Problem in den Griff zu bekommen. Die Effektivität der Olympiastützpunkte wird in den kommenden Jahren davon abhängen, wie diesen Zentren der notwendige Nachwuchs zugeführt werden kann. Die Zuständigkeit hierfür liegt bei den Ländern, so daß der Bund nur wenig tun kann.

Ich möchte die Länder jedoch ermuntern, hier Modelle der Zusammenarbeit zwischen Schule und Verein zu entwickeln, wie dies in einigen Bundesländern schon geschieht.

Durch ihre Maßnahmen zur Förderung des Sportstättenbaus für den Leistungssport hat die Bundesregierung eine vorbildliche Sportinfrastruktur für den Spitzensport in der Bundesrepublik Deutschland geschaffen, die den Vergleich mit keinem Land der Welt zu scheuen braucht. Den Verbänden steht ein Netz von 27 Bundesleistungszentren, 66 Landesleistungszentren mit Bundesnutzung sowie mehr als 160 Bundesstützpunkten zur Verfügung, mit dem der Bedarf an Sportstätten weitgehend gedeckt ist.

Seit 1982 hat die Bundesregierung hierfür mehr als 185 Mio. DM bereitgestellt.

Im Vordergrund der künftigen Förderung stehen deshalb Erhaltung, Sanierung, Modernisierung und Ausbau des vorhandenen Bestandes, aber auch Ergänzungs-

baumaßnahmen in einigen Bereichen mit Nachholbedarf, z. B. bei Hallen für das Wintertraining, Skisportanlagen sowie Einrichtungen für das Konditionstraining und Rehabilitations- und Regenerationsmaßnahmen.

Ein besonders willkommener und wesentlicher Aspekt ist dabei auch, daß diese Sportstätten dem Vereins- und Schulsport, aber auch den Millionen Bürgern, die den Sport zu ihrer Freizeitbeschäftigung gewählt haben, ebenfalls zur Verfügung stehen.

Neben einer Reihe von zentralen Maßnahmen zur Förderung des Sports und insbesondere des Hochleistungssports fördert die Bundesregierung im besonderen Maß die Sportwissenschaft. Mit dem Bundesinstitut für Sportwissenschaft hat die Bundesregierung eine Institution geschaffen, die wissenschaftliche Zweckforschung auf dem Gebiet des Sports wesentlich fördert. Dabei gilt die Forschung insbesondere Fragestellungen, die dem Hochleistungssport zugute kommen sollen.

Besondere Aufmerksamkeit hat die Bundesregierung der Besteuerung der Sportvereine gewidmet. Hier hat die Bundesregierung nach Vorlage des Gutachtens der Unabhängigen Sachverständigenkommission zum Gemeinnützigkeitsrecht Vorschläge gemacht, die zeitgleich mit der Einführung der Steuerreform 1990 auch für Sportvereine günstigere Regelungen mit sich bringen werden. Ziel dieser Regelungen ist vor allem, das Steuerrecht für Vereine zu vereinfachen. Die im Gutachten in Frage gestellte „Gemeinnützigkeit“ wird nach dem Willen der Bundesregierung den Sportvereinen erhalten bleiben.

Der Hochleistungssport in der Bundesrepublik Deutschland steht an einem Scheideweg. Im vergangenen Jahr, ausgelöst durch das Abschneiden bei den Leicht-

athletik-Weltmeisterschaften in Rom, hat eine breit angelegte Strukturdebatte im Sport eingesetzt. Jetzt ist nicht der richtige Zeitpunkt für diese Diskussion, vielmehr sollte alle Konzentration auf die Vorbereitung der Olympischen Spiele in Seoul gerichtet werden. Danach wird die Diskussion weitergehen. Es gilt Lösungen zu finden, wie der Spitzensport in unserem Lande organisiert werden soll, wie bestehende Strukturen im Sport möglicherweise geändert werden müssen. Wie der Anschluß an die Weltspitze wieder erreicht werden kann und wie die Finanzierung des Hochleistungssports, insbesondere mit Hilfe von Sponsoren langfristig gesichert und ausgebaut werden kann.

Der Deutsche Sportbund steht hier mit seinen Verbänden und Organisationen vor einem äußerst schwierigen Problem. Aber es ist allein seine Aufgabe, die Strukturen im Sport im Rahmen seiner Autonomie nach seinen Bedürfnissen zu gestalten. Die staatliche Seite und die Politiker werden die Entwicklung und die Diskussion aufmerksam beobachten.

Steigende Geburtenrate bestätigt erfolgreiche Familienpolitik

Bundesministerin Süssmuth stellt mit Genugtuung fest, daß sich der Geburtenanstieg auch im Jahr 1988 kontinuierlich fortsetzt. Im ersten Halbjahr 1988 sind die Geburten um 6,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Seit 1986 stieg die Zahl der Geburten erstmals nach Jahren der Geburtenabnahme wieder an. Dieser Trend hat sich 1987 fortgesetzt und hält — wie der Geburtenanstieg für das erste Halbjahr 1988 belegt — weiter an. Bundesfamilienministerin Süssmuth sieht in dieser Entwicklung eine Bestätigung der Familienpolitik der Bundesregierung.

Europäischer Binnenmarkt 1992 – Herausforderung und Chance

Der europäische Binnenmarkt ist der größte einheitliche Wirtschaftsraum der westlichen Welt. Er setzt Wachstumskräfte frei und schafft damit Wohlstand und Arbeitsplätze. Er verbessert die Wettbewerbsfähigkeit Europas gegenüber den USA, Japan und den südostasiatischen Schwellenländern. Er kommt Arbeitnehmern, Unternehmern und Verbrauchern zugute.

Das Ziel ist abgesteckt: Bis 1992 sollen die 12 Staaten der Europäischen Gemeinschaft (EG) einen Markt ohne Binnengrenzen bilden, in dem ein freier Austausch von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital gewährleistet ist.

Europäischer Binnenmarkt 1992 – das heißt:

... **Beseitigung materieller Schranken**, d. h. von Kontrollen und Verwaltungsformalitäten an den EG-Binnengrenzen.

... **Beseitigung technischer Schranken**, d. h. von unterschiedlichen nationalen Produktnormen und technischen Vorschriften (Sicherheits-, Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutzbestimmungen). Damit ergibt sich zugleich eine

... **europaweite Marktöffnung**, d. h. die Einbeziehung jener wachstums-trächtigen Bereiche in den gemeinsamen Markt, die bisher weitgehend davon ausgeschlossen sind:

- öffentliches Auftragswesen,
- Telekommunikation,
- Verkehrssektor,
- Finanzdienstleistungen der Banken und Versicherungen,

- Wertpapierhandel und
- Kapitalverkehr.

... **Beseitigung steuerlicher Schranken**,

die sich aus den Unterschieden bei der Mehrwertsteuer und den speziellen Verbrauchsteuern ergeben.

... **Motor für Wachstum und Beschäftigung**

Durch die Beseitigung der Handelshemmnisse, durch die Kostenvorteile des größeren Marktes mit 320 Mio. Einwohnern und durch den intensiveren Wettbewerb werden neue Wachstumskräfte freigesetzt. Der Binnenmarkt ermöglicht nach Berechnung der EG-Kommission:

- die Steigerung des Bruttoinlandsproduktes um 4,5 Prozent,
- den Rückgang der Verbraucherpreise um 6,1 Prozent und
- die Schaffung von 1,8 Mio. Arbeitsplätzen.

... **Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas**

Ein zusammenwachsendes Europa erlaubt die Bündelung der technologischen Potentiale und verbessert damit die ökonomische und technologische Wettbewerbsfähigkeit Europas gegenüber den USA, Japan und den südostasiatischen Schwellenländern.

... **größere Wahlfreiheit für den Verbraucher**

Wenn Unternehmen in der gesamten Gemeinschaft um die Gunst des Verbrauchers werben können, wird der Wettbewerb größer. Wettbewerb belebt das

Junge Union schreibt Heinrich-Köppler-Jugendpreis aus

Zum fünften Mal hat die Junge Union Deutschlands den von ihr gestifteten und mit 3 000 DM dotierten Heinrich-Köppler-Jugendpreis ausgeschrieben. In diesem Jahr sollen Gruppen und Organisationen ausgezeichnet werden, die sich in besonderer Weise für die Menschenrechte in der Welt engagiert haben. Dabei werden in besonderer Weise menschliches und ehrenamtliches Engagement berücksichtigt, die die Eigeninteressen hintenanstellen. Es sollen jene ausgezeichnet werden, die häufig im stillen und

ohne große Beachtung durch die Öffentlichkeit ihre Arbeit für die Erhaltung der Menschenrechte leisten.

Neben dem Siegerpreis von 3 000 DM erhalten die Zweitplatzierten 2 000 DM und die Drittplatzierten 1 000 DM. Ein-sendeschluß ist der 31. 12. 1988. Die Aus-schreibungsunterlagen sind bei der

Jungen Union Deutschlands
Annaberger Straße 283
5300 Bonn 2,
 erhältlich.

Geschäft und kommt dem Verbraucher zugute. Das Angebot wird reichhaltiger zu angemessenen Preisen.

... Chancen für den Mittelstand

Die Stärken des Mittelstandes — Kundennähe, höhere Flexibilität und örtliche Verfügbarkeit — werden auch im europäischen Binnenmarkt gefragt sein. Das Auslandsgeschäft kleiner und mittlerer Unternehmen wird durch die Beseitigung der Grenzformalitäten und der technischen Schranken wesentlich erleichtert. Zumindest in grenznahen Gebieten dürfte sich der gegenseitige Austausch von Waren und Dienstleistungen verstärken. Soweit kleine und mittlere Unternehmen Zulieferer für großindustrielle Hersteller sind, werden sie von den neuen Möglichkeiten profitieren können, die der „grenzenlose Markt“ den Großen eröffnet.

... größere Berufsaussichten für den einzelnen

Mit der gegenseitigen Anerkennung der Diplome wird jeder wählen können, wo er sich für wie lange ausbilden lassen will. Jeder EG-Bürger wird die Möglichkeit haben, sich in den EG-Ländern

beruflich niederzulassen, als abhängig Beschäftigter oder als Selbständiger.

... Stärkung des sozialen Dialogs

Der europäische Binnenmarkt braucht auch soziale Flankierung und soziale Akzeptanz. Die Gemeinschaft muß die Chance des sozialen Dialogs konsequent nutzen. Die europäische Einigung ist ohne ein Mittun der Sozialpartner nicht möglich.

... keine neue Regelungsbürokratie

Der Binnenmarkt darf nicht die Summe von italienischer Regelungsfantasie plus französischer Regelungslust plus deutscher Regelungsgründlichkeit werden. Zur Integration gehört ein bestimmtes Maß an Harmonisierung, nicht ein Übermaß. Das Motto kann nur lauten: soviel Rechtsangleichung wie nötig, soviel gegenseitige Anerkennung wie möglich.

... keine Abschottung gegenüber Drittländern

Wenn die Grenzen im Innern fallen, dürfen keine neuen nach außen entstehen. Europa ist mit seiner starken Einbindung in die Weltwirtschaft und Rohstoffabhängigkeit auf eine funktionierende internationale Arbeitsteilung angewiesen.

Die internationale Schuldenkrise – derzeitige Situation und ihre Ursachen

Zur Verschuldungskrise hat der Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik der CDU einen Beschluß gefaßt, den die Vorsitzenden Werner Schreiber und Jochen Feilcke auf einer Pressekonferenz in Bonn erläuterten. Die beiden Politiker stellten dabei fest:

1. Die Ursachen der Schuldenkrise und die Schuldenstruktur sind zu unterschiedlich, als daß es zulässig erscheint, von der „Schuldenkrise“ zu sprechen. Deshalb kann es auch kein globales Patentrezept zur Lösung dieser Krise geben.

Die derzeitige Schuldenkrise hat sowohl weltwirtschaftliche Ursachen als auch Ursachen in der Wirtschaftspolitik der Entwicklungsländer. Beispiele sind die Finanzierung nichtproduktiver Sektoren wie Gesundheits- und Erziehungswesen oder eine einseitige finanzielle Förderung der kapitalintensiven Industrieentwicklung zu Lasten eines kostengünstigen, aber arbeitsintensiven Ausbaus des Agrarsektors. Überhöhte Rüstungsausgaben, Korruption und Kapitalflucht taten ein übriges.

2. Entscheidend bei der Bewertung der Verschuldungssituation der einzelnen Länder ist das Verhältnis von Auslandsverschuldung zur Wirtschaftskraft. Die Schuldendienstquote betrug 1986 für Lateinamerika 46 Prozent, für Afrika rund 30 Prozent, während sie in Asien mit 13 Prozent vergleichsweise niedrig lag. Angesichts der begrenzten Exportfähigkeit und des niedrigen Entwicklungsstandes Schwarzafrikas wird deutlich, daß die Schuldenlast dieser Region besonders problematisch ist.

Eine grundsätzliche Lösung der Krise kann nicht allein durch kurzfristiges

Schuldenmanagement erreicht werden. Es gilt durch weitreichende Veränderungen der nationalen wie internationalen Wirtschafts- und Finanzstrukturen ihre Ursachen zu bekämpfen.

Die Entwicklungsländer sind aufgefordert, durch eine Politik der Strukturpassung, der Stärkung der Produktivkräfte und der Freisetzung der Marktdynamik sowie durch eine demokratische Entwicklung, die die Beteiligung der Bevölkerung ermöglicht, die Voraussetzung für eine Rückkehr zu Wachstum und Stabilität zu schaffen. Dies ist die Voraussetzung dafür, daß die Kreditwürdigkeit des jeweiligen Landes für private Geldgeber wieder hergestellt wird.

Die Industrieländer müssen durch eine auf Freihandel und Währungsstabilität ausgerichtete Politik die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Entwicklungsländer verbessern. Dazu gehören insbesondere:

- eine stärkere Öffnung ihrer Märkte für die Waren aus Entwicklungsländern,
- ein Beitrag zum Ausgleich extremer Exporterlösschwankungen,
- eine Ausweitung des Präferenzsystems für Entwicklungsländer,
- der Abschluß von Doppelbesteuerungsabkommen, die zur Eindämmung der Kapitalflucht beitragen.

Darüber hinaus soll die Einrichtung eines Zinsausgleichsfonds geprüft werden, wobei die Inanspruchnahme von Fondsmitteln an die Umsetzung von erfolgversprechenden wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Reformen geknüpft werden muß.

Über diese, auf eine langfristig stabile Entwicklung hinwirkenden Maßnahmen

hinaus muß es zunächst jedoch Ziel sein, den Entwicklungsländern durch einen schnellen Schuldenabbau ökonomischen Handelsspielraum zu verschaffen.

Die Bundesrepublik Deutschland muß mit der Politik des Schuldenerlasses zugunsten der ärmsten Entwicklungsländer fortfahren,

- sie darf sich nicht nur auf die allerärmsten Länder der Dritten Welt beschränken. Eine Erlaßpolitik, die sich an starren Länderkategorien orientiert, wird der individuellen Situation und den Eigenanstrengungen des jeweiligen Entwicklungslandes nicht gerecht, deshalb ist eine von Fall-zu-Fall-Entscheidung notwendig.

Im Hinblick auf die nichtstaatlichen Schulden bietet das Abs-Modell einen vielversprechenden Ansatz. Seine drei tragenden Säulen — Streichung eines Teils der Schulden, Senkung der Zinsen sowie die Verlängerung des Rückzahlungszeitraumes — bieten die Chance, einen Teil der privaten Kredite zurückzuerhalten, ohne die Problemschuldnerländer politisch und wirtschaftlich zu überfordern. Wir haben zu wählen zwischen Konkurs und Vergleich.

- Auch Schuldenrückkaufmodelle können zum Abbau der Schulden beitragen.

Ein genereller Schuldenerlaß beseitigt nicht die Ursachen der Verschuldung.

Maßnahmen zur Bewältigung der Schuldenkrise müssen gleichzeitig Vorsorge dafür treffen, daß sich die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen. Deshalb ist die Schaffung einer stärkeren Transparenz und Kontrolle der internationalen Finanz- und Wirtschaftsprozesse notwendig.

Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) sollen durch regelmäßige Mittelaufstockungen in die Lage versetzt werden, ihren Aufgaben nachzukommen. Die Kreditvergabe des IWF muß an die

Zitat

„Wenn in diesen Tagen Millionen von deutschen Urlaubern zurückkehren, erwartet sie zu Hause eine erfreuliche Nachricht — die Nachricht nämlich, daß sich die deutsche Wirtschaft sehr gut entwickelt —, und dies, obwohl fast alle Prognosen zu Beginn des Jahres mehr als düster geklungen haben.“

(Helmut Kohl)

Baukonjunktur gewinnt an Fahrt

Die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung der vergangenen Jahre stärkt nach Ansicht des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesbauministerium, **Jürgen Echternach**, jetzt auch mehr und mehr die Baukonjunktur. Echternach hob insbesondere die steigenden Genehmigungszahlen im Wohnungsbau hervor. Bis Juni dieses Jahres seien insgesamt 102 000 Wohnungen genehmigt worden. Dies seien 11,1 Prozent mehr als im Vorjahr. Die stärksten Zunahmen sind bei den Einfamilienhäusern mit 13 Prozent und bei Eigentumswohnungen mit 17 Prozent zu beobachten.

Erfüllung notwendiger Maßnahmen gebunden bleiben, um dessen Katalysatorfunktion nicht zu beeinträchtigen. In Zukunft müssen IWF und Weltbank jedoch verstärkt die politische, soziale und ökologische Verträglichkeit ihrer Auflagenpolitik beachten. Anpassungsprogramme dürfen auf keinen Fall die demokratische Entwicklung eines Landes gefährden.

Der Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik der CDU wird mit dieser Zielsetzung mit den Fachausschüssen für Agrar- und Wirtschaftspolitik erste Schritte zur Überwindung des Protektionismus erörtern.

Euro-Medienpolitik:

Noch nicht auf einem Nenner

Bremsen die Bundesländer den europäischen Medienmarkt? Diese Frage stand bis zum Schluß über dem zum erstmalig veranstalteten CDU-Medientreff in Düsseldorf. Der CDU-Bundesfachausschuß Medienpolitik mit seinem Vorsitzenden Dieter Weirich an der Spitze hatte anläßlich des Medienmarktes 88 der Düsseldorfer Messe rund 200 Gäste aus der Medienlandschaft und aus der Politik versammelt, um mit ihnen die Zukunft Europas in der Medienpolitik zu diskutieren.

Ein vermeintlich abstraktes Thema wurde rasch sehr konkret. Angesichts der rasanten technischen Entwicklung, der bereits Realität gewordenen Satellitenprogramme ist ordnungspolitischer Handlungsbedarf gefordert. Gleichwohl sind die Ziele der Europa-Parlamentarier und der EG-Kommission noch nicht auf einem Nenner. Das belegte auch der Vortrag von Ministerpräsident **Bernhard Vogel**. Im Kern wendet er sich deutlich gegen eine „völlige Aushöhlung der Rundfunkhoheit der Bundesländer“. Bei einer Gesamtzuständigkeit der EG für die europäische Medienpolitik wäre „eine aus Brüssel gesteuerte Uniformität des Rundfunks“ die Folge. Zugleich aber sieht Vogel die Notwendigkeit von Veränderungen, um beispielsweise der „Dominanz einiger weniger Multimedia-Konzerne“ entgegenzuwirken — etwa durch das europäische Wirtschafts- und Kartellrecht.

Professor **Christian Starck** von der Universität Göttingen, der eine Teilkompetenz der EG für den Rundfunk sieht, wengleich dies eine wirtschaftspoliti-

sche Kompetenz sei. Andererseits betonte Starck die Tendenz der EG zum Kontroll- und Überraschungperfektionismus, wie er aus dem Vorschlag einer EG-Richtlinie hervorgehe. Wo immer im weiteren Verlauf EG-Richtlinien erlassen werden sollten, würden sie die einzelnen Bundesländer binden, die dadurch „nur noch geringe Gestaltungsmöglichkeiten“ hätten.

Staatssekretär **Carl-Dieter Spranger** vom Bundesinnenministerium machte die Position des Bundes gegenüber dem EG-Richtlinienvorschlag deutlich, indem er eine eindeutige Klärung der Kompetenzfrage forderte. Der Bundesrat habe bereits beschlossen, der EG die Kompetenz zum Erlaß einer solchen Richtlinie zu bestreiten, da „Rundfunk in seinem Schwergewicht nicht Dienstleistung im Sinne des EG-Vertrages“ sei. In Übereinstimmung mit den Bundesländern erkenne die Bundesregierung keine generelle und umfassende Kompetenz der EG zur Regelung des Rundfunks an. Daraus folge für die Bundesregierung, daß die wichtigsten politischen und kulturellen Regelungsbereiche der „Eigenverantwortlichkeit der Mitgliedstaaten“ vorbehalten bleiben müssen. Nicht ganz zu Unrecht stellte der Europa-Abgeordnete Professor **Werner Münch** zum Schluß des Medientreffs die Frage, wie es denn nun für seine Arbeit auf diesem Feld im Europäischen Parlament weitergehen solle. Zwischen den nationalen Interessen und der europäischen Dynamik bestehen, das machte diese Tagung deutlich, noch große Unterschiede. Ob sie letztlich zusammenzuführen sind, bleibt der weiteren politischen Entwicklung, aber auch dem politischen

CDU INFORMATIONEN CDU

Nur noch bis 30. September 1988 erhalten Sie den CDU-Schaukasten zu den bisher gültigen Preisen.

Wegen gestiegener Rohstoffkosten neue Preise ab 1. Oktober 1988:

| | |
|------------------------|----------|
| ■ Schaukasten | 390,— DM |
| ■ Beleuchtungsgarnitur | 90,— DM |
| ■ Ständergarnitur | 140,— DM |

Bestellungen bitte über:

CDU-Bundesgeschäftsstelle

Abt. Information

Friedrich-Ebert-Allee 73—75

5300 Bonn 1, Telefon (02 28) 5 44-3 79

(Fortsetzung von der vorigen Seite)

Gestaltungswillen der Politiker vorbehalten.

Der Vorschlag des Fachausschubvorsitzenden **Dieter Weirich**: Eine europäische Rahmenordnung. Er favorisiert für die Regelung des grenzüberschreitenden Rundfunks eine Konvention des Europarates, die im November von der Bundesregierung bei einem Treffen der Medienminister des Europarates mit verabschiedet werden könnte und die den Rechtsstatus eines völkerrechtlichen Vertrages habe. Dies habe den Vorteil, daß auch nicht der Europäischen Gemeinschaft angehörende Staaten einer solchen Vereinbarung über Harmonisierung der Werbung, des Urheberrechts und des Jugendschutzes beitreten könnten. Einer Richtlinie der Kommission der Europäischen Gemeinschaft, wie sie im Entwurf vorliegt, steht auch Weirich kritisch gegen-

über. Der Werbeumfang von 15 Prozent pro Tag und 18 Prozent pro Stunde, wie er von der EG-Kommission anvisiert werde, sei viel zu kurz bemessen. Die europäische Produktionsquote in Höhe von 60 Prozent sei überdies eine „blanke Illusion“. Weirich sagte, wichtiger als „Quoten-Kommissare“, die eifrig über die Einhaltung festgelegter europäischer Produktionsanteile wachten, sei eine Neubesinnung auf mehr Kreativität bei den europäischen Film- und Fernsehmachern.

Zitat

„Viele Bürger wissen doch, daß auch der Sozialstaat über seine Verhältnisse gelebt hat, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen.“

(Norbert Blüm)

Doppelzüngige SPD

Über die Steuerreform der Bundesregierung vergießt sie Krokodilstränen und fordert gleichzeitig maßlos höhere Steuern und Abgaben

Das ist die SPD, wie wir sie seit Jahren kennen: Mit Krokodilstränen in den Augen kritisiert sie die Steuerreform der Bundesregierung, die nachweislich die Steuerzahler um insgesamt rund 50 Milliarden DM netto jährlich entlastet, aber im gleichen Atemzug fordert sie höhere Steuern und Abgaben, daß einem Hören und Sehen vergeht.

Sage und schreibe 44 (in Worten: vierundvierzig) Steuer- und Abgabenerhöhungspläne hat die SPD in den vergangenen zwei Jahren vorgelegt.* Das reicht von der Abschaffung der Kinderfreibeträge bis zur Erhöhung der Strom- und Wassertarife.

Den Vogel schießt die SPD mit ihrem Plan ab, die Energiesteuern auf rund 80 Milliarden Mark jährlich zu erhö-

hen. Dazu stellt das CDU-Präsidium zu Recht fest: Doppelzüngig und unglauwbüdig.

Die SPD hat sich nicht geändert. Ihre Steuer- und Finanzpolitik ist noch genauso wie früher. Sie hat damals die Bundesrepublik Deutschland an den Rand des wirtschaftlichen Ruins gebracht, und sie würde es auch heute wieder tun, wenn sie an der Regierung wäre.

Was die Bundesregierung Helmut Kohl betrifft: Die Wirtschaftsdaten sprechen für sich. Sie waren selten so gut wie heute. Die Konjunktursignale stehen weiter auf grün. Entgegen pessimistischen Voraussagen der SPD zu Anfang des Jahres wird für 1988 ein Wirtschaftswachstum von drei Prozent erwartet. Eine Traumzahl, wie die Experten sagen.

Steuersenkung und Wachstum sind Erfolge der konsequenten Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung Helmut Kohl

CDU



* Die Liste der SPD-Steuer- und Abgabenerhöhungspläne finden Sie auf der Rückseite.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Unsere Wirtschaft:



Die deutsche Wirtschaft ist kräftig im Aufwind: Drei Prozent Wachstum erwartet! Positive Wirkungen der Steuer-Reform zeigen sich: Die Bundesbürger sorgen für ein Umsatzplus im Einzelhandel bei weiter stabilen Preisen!

Damit haben selbst die Fachleute nicht gerechnet: Die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland läuft, die Auftragsbücher sind gut gefüllt. Vergessen sind die pessimistischen Vorhersagen vom Jahresanfang. Jetzt werden drei Prozent Wachstum vorausgesagt, und zwar inflationsfrei. Der Positiv-Trend geht 1989 weiter!

» Eine muntere Kaufkraft der Verbraucher, gestärkt durch die Steuerentlastung zu Jahresbeginn und gute Einkommenszuwächse sowie ein lebhaftes Auslandsgeschäft hellen den traditionell ersten Blick der Konjunkturpropheten auf.

Um eine Drei vor dem Komma zu finden, müssen sie lange zurückgehen – in die Jahre der Hochkonjunktur. <<< (DIE WELT)

Das sind die Fakten:

- Weniger Steuern
- Höhere Einkommen
- Stabile Preise
- Weiter neue Arbeitsplätze: seit 1983 rund 820 000
- Im Export weiter an der Spitze
- Auto-Produktion auf neuer Rekordhöhe
- Bauwirtschaft im Aufwind
- Handwerk und Industrie optimistisch wie lange nicht mehr
- Lehrlinge und Facharbeiter gesucht

Damit wird auf eindrucksvolle Weise der Stabilitätskurs der Bundesregierung unter Führung von Helmut Kohl bestätigt. Mit der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft hat die CDU die Weichen in Richtung auf Wohlstand für alle gestellt.

Unternehmer und Arbeitnehmer können stolz auf ihre Leistung sein, die überall in der Welt Anerkennung findet.



Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

UID

26/88

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-4 21. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50), Abonnementspreis jährlich 48,— DM, Einzelpreis 1,20 DM. Herstellung: VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.